Testbiotech, Frohschammerstr. 14, 80807 München

An:
Christian Schmidt
Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft
Wilhelmstr. 54
10117 Berlin

Offener Brief zu Interessenkonflikten an deutschen Behörden

CC an Abgeordnete des Deutschen Bundestages

München , 6. Februar 2015

Sehr geehrter Herr Bundesminister

der Anlass dieses Schreibens ist unsere Sorge um den Einfluss industrienaher Experten auf Behörden und verschiedene Gremien, die im Zusammenhang mit der Risikobewertung gentechnisch veränderter Pflanzen stehen. Wir befürchten, dass die Sichtweise der Industrie in der Diskussion über Gentechnik-Risiken zunehmend dominiert und so eine kritische Untersuchung der Risiken gentechnisch veränderter Pflanzen be- oder sogar verhindert wird. Diese Sorge hatten verschiedene Verbände schon am Montag, dem 26.1.2015, bei einer Sitzung zum Thema Forschungspolitik in Ihrem Hause geäußert.[1]

Wir verweisen jetzt auf einen aktuellen Bericht, der sich mit Interessenkonflikten an deutschen Behörden befasst.[2] Wir hoffen, dass Ihr Ministerium sich im Detail mit diesen Problemen auseinandersetzen wird, nachdem in den letzten Jahren auch bei offensichtlichen Interessenkonflikten keinerlei Aktivitäten erkennbar waren.

Unsere Befürchtungen wurden jüngst bei einer Konferenz in der Schweiz erneut bestätigt: Am 27. Januar dieses Jahres fand dort die Tagung „Neue Verfahren in der Pflanzenzüchtung – Nutzen und Herausforderungen“[3] statt, bei der auch Herr Professor Schiemann vom Julius Kühn-Institut (JKI) als Referent aufgetreten ist. Nach Berichten von Teilnehmern soll er sich dabei dahingehend

[1] www.gen-ethisches-netzwerk.de/files/1501RT_forschung_gentech_forderungen_web.pdf
[2] www.testbiotech.org/node/1144
[3] www.geneticresearch.ch/d/produkte/Veranstaltungen/Tagung_2015.phpstatt

geäußert haben, dass das JKI neue, umstrittene Verfahren der genetischen Veränderung von Pflanzen nicht nur entwickele und anwende, sondern daraus entstehende Pflanzen auch freisetzen wolle, ohne sie nach dem Gentechnikrecht auf Risiken prüfen und registrieren zu lassen. Die Einordnung der erwähnten Verfahren (wie der Einsatz von Nukleasen und Oligonukleotiden) nach dem Gentechnikrecht ist umstritten. Während sich eine wachsende Zahl von Non-Profit-Organisationen für eine Regulierung der neuen Technologien nach dem Gentechnikrecht stark macht[4], wollen die Betreiber Zulassungsverfahren und Kennzeichnung möglichst vermeiden. Herr Schiemann scheint hier im Sinne der Befürworter der neuen Technologien (an denen auch große Konzerne wie Monsanto und Syngenta interessiert sind) Fakten schaffen zu wollen.

Bei uns verdichtet sich durch derartige Vorkommnisse der Eindruck, dass die Bundesregierung durch ihre jahrelange Untätigkeit eine weitgehende Selbstverständlichkeit im distanzlosen Umgang mit den Interessen der Technologieanwender und der Industrie gefördert hat. Herr Schiemann scheint sich beispielsweise inzwischen als eine Art Aktivist zur Förderung der Gentechnik zu sehen. Wir ersuchen Sie um eine konsequente Aufklärung dieses Falles und darüber hinaus um die Einleitung weitergehender Maßnahmen, um die Unabhängigkeit der Bundesbehörden und ihrer Experten sicherzustellen.

Wir würden uns freuen, mit Ihrem Ministerium auch in einem direkten Gespräch darüber diskutieren zu können, wie man die unabhängige Risikoforschung systematisch fördern und stärken kann.

Mit freundlichen Grüßen

Mit freundlichen Grüßen, im Namen der Unterzeichner

Dr. Christoph Then, Geschäftsführung Testbiotech

Liste der unterzeichnenden Organisationen:

Deutscher Berufs- und Erwerbsimkerbund, Gen-ethisches Netzwerk, Sambucus, Testbiotech

[4] www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/mm_20141105_higru_bund_et_al_neue_gentech-verfahren_hintergrundpapier.pdf; http://www.testbiotech.org/node/1143